



DEBATTE

HANNES ANDROSCH
hält nichts von der Wiederein-
führung der Vermögenssteuer.



Eine überflüssige Steuerdebatte

Besteuerungsfragen sind komplex und daher müssen neben den fiskalischen jeweils auch die ökonomischen wie politischen Auswirkungen in Betracht gezogen werden. Diese Gesamtschau findet bei den nun in der Öffentlichkeit in Hülle und Fülle vorgebrachten Vorschlägen für neue Steuern in der Regel nicht statt.

Die Steuerdebatte ist überflüssig: weil Österreich seit langem ein Hochsteuerland ist. Weil Österreich mit 30 Prozent des Sozialprodukts weltweit eine der höchsten Sozialquoten hat. Weil Österreich im internationalen Vergleich bei der gleichmäßigen Verteilung des Wohlstandes innerhalb seiner Volkswirtschaft einen Spitzenplatz einnimmt. Weil es gute Gründe gab, warum unter Finanzminister Ferdinand Lacina die Vermögenssteuer und die Gewerbesteuer abgeschafft, der Spitzensteuersatz von 60 auf 50 Prozent gesenkt und eine Endbesteuerung des Kapitalertrags eingeführt wurde.

Im letzten Jahr ihrer Einhebung, 1993, erbrachte die Vermögenssteuer 720 Millionen Euro, wovon 80 Prozent die Betriebe bezahlten, was für diese eine Investitionsbremse bedeutete. Als Gegenfinanzierung zur abgeschafften Vermögenssteuer wurde 1994 die Kapitalertragssteuer auf Zinsen und Dividenden als Endbesteuerung eingeführt. Diese erbrachte seither 33 Milliarden Euro, davon allein im Jahr 2008 3800 Millionen Euro.

Eine erneut eingeführte Vermögenssteuer müsste wieder-

um die Betriebe, vor allem aber auch die Häuselbauer und Autobesitzer treffen, da sie sonst fiskalisch nicht interessant wäre.

Dazu kommt, dass mit der Wiedereinführung der Vermögenssteuer eine Dreifachbesteuerung verbunden wäre: Zuerst wird das Einkommen besteuert. Wird davon ein Teil gespart und Vermögen gebildet, so werden die Einkünfte daraus mit der Kapitalertragssteuer belegt. Die Vermögenssteuer würde die dritte steuerliche Belastungsstufe bedeuten, die wirksam würde, selbst wenn keine Einkünfte erzielt werden.

Dies hätte eine Substanzverringerung, also Teilenteignung zur Folge. Dieser Weg kann nicht als zielführend betrachtet werden, wenn eine höhere Wirtschafts- und Innovationsleistung erreicht, mehr Arbeitsplätze und höhere Einkommen geschaffen und letztlich auch ausreichende Steuer-

einnahmen zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben, vor allem des Sozialstaates, generiert werden sollten.

Fazit: Die in die öffentliche Diskussion eingebrachten steuerlichen Vorschläge verkennen die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge und würden nicht zukunftsfördernd, sondern vielmehr zukunftshemmend wirken. Die Krise wird damit nicht bekämpft, vielmehr wird dadurch der Weg aus der Krise erschwert.

Hannes Androsch ist Industrieller und war Vizekanzler und Finanzminister in der Regierung Kreisky (SPÖ)

DIE THESE

Die jetzt in die Diskussion eingebrachten steuerlichen Vorschläge würden sich nur zukunfts-hemmend auswirken.